



Presseschau vom 18.12.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts

wpered.su: **Auf Sardinien wurde ein Buch über den Donbass vorgestellt**

Am 16. Dezember wurde in der italienischen Stadt Cagliari, die auf Sardinien liegt, das Buch „Im Donbass kommen sie nicht durch“ vorgestellt. Koautor des Werks ist Alberto Fasolo, ein großer Anhänger der KP der DVR in Italien, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Auf der Insel leistet die örtliche Organisation des Komitees für eine antifaschistische Ukraine eine aktive Arbeit zur Unterstützung des Donbass. Ihr Vertreter Riccardo Sotgia war mehrfach mit der Antifaschistischen Karawane im Donbass.

In der nächsten Zeit findet eine Vorstellung des Buches in einer anderen italienischen Stadt, in Ancona statt. Dies wird am 18. Dezember 2018 sein.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2018/12/FB_IMG_1545070891574.jpg

vormittags:

lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Solotoje-5, Logwinowo und Shelobok**. Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern und Granatwerfern.

de.sputniknews.com: **UN-Vetomacht Russland fordert: Aufbau von Kosovo-Armee sofort rückgängig machen**

Ungeachtet der scharfen Proteste Serbiens beschließt das selbsterklärte Kosovo die Gründung einer eigenen Armee und verletzt damit eine Resolution der Vereinten Nationen. UN-Vetomacht Russland fordert nun, den auch international kritisierten Beschluss des kosovarischen Parlaments außer Kraft zu setzen.

Der russische UN-Botschafter Wassili Nebensja hat in einer Sitzung des Weltsicherheitsrats am Montag (Ortszeit) in New York darauf verwiesen, dass die UN-Resolution 1244 „unverzögliche und erschöpfende Maßnahmen zur Demilitarisierung und Auflösung aller bewaffneten kosovoalbanischen Formationen“, so Nebensja im Wortlaut, vorschreibe.

„Der Beschluss über den Aufbau kosovarischer Streitkräfte, der gegen diese Resolution verstößt, muss umgehend rückgängig gemacht werden“, forderte Nebensja.

Die laue Kritik aus europäischen Staaten an der Entscheidung des kosovarischen Parlaments nannte der russische Botschafter „enttäuschend“.

„Die Europäische Union, die für sich die Rolle eines unvoreingenommenen Vermittlers beansprucht, drückt bei der rechtswidrigen Schaffung der kosovarischen Armee ein Auge zu“, so der Diplomat. Mit ihrer „unverantwortlichen und doppelgesichtigen Politik“ habe die EU bereits eine „gefährliche Linie überschritten“.

Das Parlament im Kosovo hatte in der vergangenen Woche den Aufbau einer eigenen Armee beschlossen. Die serbische Minderheit boykottierte die Abstimmung.

Das Kosovo selbst ist nur teilweise anerkannt. Diese mehrheitlich von Albanern bewohnte südserbische Provinz hatte 2008 mit Rückendeckung westlicher Staaten ihre Unabhängigkeit ausgerufen. Der rechtliche Status der Region ist immer noch umstritten. Serbien erkennt die Abtrennung nicht an. Die UN-Vetomacht Russland erklärte schon damals, sie werde nur eine

Lösung mit Serbiens Zustimmung mittragen.

Obwohl mehr als die Hälfte der 192 UN-Nationen den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt hat, verpflichtet die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates alle UN-Mitgliedsstaaten zur Wahrung der „Souveränität und Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“, deren Rechtsnachfolger Serbien ist.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32320/01/323200136.jpg>

ukrinform.ua: **Regierung legt Prioritäten für 2019 fest**

Die Regierung der Ukraine hat fünf Prioritäten für ihre Tätigkeit im kommenden Jahr festgelegt.

Regierungschef Wolodymyr Hrojsman präsentierte in einer Regierungssitzung ein Aktionsplan, dem diese Prioritäten zugrunde liegen, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Unter den Prioritäten seien Wirtschaftswachstum, effiziente Staatsverwaltung, Entwicklung des Humankapitals, Korruptionsbekämpfung, Sicherheit und Verteidigung der Ukraine.

de.sputniknews.com: **Gegen Russland gerichtet: UN-Generalversammlung verabschiedet Krim-Resolution**

Die UN-Generalversammlung hat die von der Ukraine vorgeschlagene Resolution zur Krim und Sewastopol verabschiedet. Für das gegen Russland gerichtete Dokument stimmten 66 Staaten.

19 Länder stimmten gegen die Resolution und 72 Staaten enthielten sich der Stimme. Somit wurde der Resolutionsentwurf unter dem Titel „Problem of the Militarization of the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol (Ukraine), as well as parts of the Black Sea and the Sea of Azov“ (dt.: „Problem der Militarisierung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) sowie von Teilen des Schwarzen und Asowschen Meeres) angenommen.

Die UN-Generalversammlung zeigt sich laut dem Dokument besorgt über „Mitteilungen über eine andauernde Destabilisierung der Krim durch Lieferung von Waffensystemen, darunter Atomfluggeräten und Raketen, Waffen, Munition und von Militärpersonal durch Russland“.

Die UN-Versammlung ruft Russland demnach dazu auf, diese Tätigkeit einzustellen.

Das verabschiedete Dokument zeigt unter anderem die Besorgnis über „die Durchführung zahlreicher Militärübungen der russischen Streitkräfte auf der Krim, die die regionale Sicherheit unterminieren sowie langfristige negative ökologische Folgen nach sich ziehen können“. Darüber hinaus wird Russland in dem UN-Papier wegen des Baus der Krim-Brücke verurteilt.

Der stellvertretende Ständige Vertreter Russlands bei der Uno, Dmitri Poljanski, äußerte sich zu dieser Entscheidung. Jene Länder, die für den Resolutionsentwurf stimmten, bezeichnete der Diplomat als Gruppe, die „mit ihren Handlungen die ukrainischen Mündel zu neuen Verbrechen und Provokationen ermuntern“.

„Es ist erfreulich, dass viele Staaten sich der Stimme enthielten, weil sie nichts Gemeinsames mit diesem schädlichen ukrainischen Vorhaben haben wollen“, sagte er weiter.

Das Dokument ist ihm zufolge sehr politisiert und „von ukrainischer Lüge durchdrungen“.

Unter anderem verwies Poljanski darauf, dass es genug Beweise dafür gebe, dass die ukrainische Armee und freiwillige Bataillons „einen Krieg gegen eigene Bürger führen, Frauen, ältere Menschen und Kinder beschießen und töten“. Die Erwähnung der Krim als „okkupiertes Territorium“ bezeichnete der russische Diplomat als „Phantomschmerzen“ der ukrainischen Kollegen.

Abschließend sagte er: „Die Krim war, ist und wird russisch sein. Und keine (...) Sanktionen, Resolutionen und Provokationen werden dies ändern.“

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 17. Dezember 3:00 Uhr bis 18. Dezember 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen 22.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Dolomitnoje, Jasinowataja, Krutaja Balka, Spartak, Leninskoje, Sachanka, Kominternowo.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 229.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 426.

Ab 00:01 Uhr am 29. August 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit Beginn des Schuljahrs – der „Schul“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: Trägerraketen mit ukrainischem Leitsystem ade – letzte Starts im kommenden Jahr

Die beiden letzten Starts von mit ukrainischem Leitsystem versehenen Trägerraketen „Rockot“ sollen im Jahr 2019 vom nordrussischen Raumbahnhof Plessezk erfolgen. Das erfuhr Sputnik von einer Quelle in der Raumfahrtbranche.

„Es ist geplant, im Jahr 2019 vom Raumbahnhof Plessezk zwei Starts von ‚Rockot‘-Raketen mit Breez-KM-Oberstufen durchzuführen, woraufhin der Einsatz dieses Raketentyps beendet wird“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Ihm zufolge sollen beim ersten Raketenstart im Juni/Juli drei Kommunikationssatelliten „Gonez-M“ und beim zweiten Start ein geodätisches Gerät „Geo-IK-2“ in den Weltraum gebracht werden. Nicht ausgeschlossen sei, dass das letztgenannte Gerät noch vor dem Start

der „Gonez-M“-Satelliten in den Orbit geschickt werde.

Wie Sputnik zuvor von einer anderen Quelle erfuhr, sollen im kommenden Jahr die drei letzten Raketen dieses Typs in Richtung Weltraum abheben und das geodätische Gerät „Geo-IK-2“, drei Kommunikationssatelliten „Gonez-M“ und militärische Kommunikationssatelliten im Orbit aussetzen.

In allen drei Stufen einer „Rockot“-Trägerrakete, einschließlich der Oberstufe „Breez-KM“, werden toxische Treibstoff-Komponenten verwendet. Das Leitsystem der Rakete stammt aus dem ukrainischen Betrieb „Chartron“.

„Rockot“-Raketen werden seit dem Jahr 2000 für kommerzielle Starts und seit 2005 auch im Rahmen des russischen staatlichen Raumfahrtprogramms eingesetzt. Eine Trägerrakete dieses Typs kann bis zu 1,9 Tonnen Nutzlast in den Weltraum befördern.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32331/78/323317858.jpg>

Dan-news.info: **„Gestern gegen 23:00 Uhr starb ein ziviler Einwohner in der Siedlung Trudowskije aufgrund einer Explosionsverletzung.** Die Ursachen der Tragödie sind nicht bekannt“, teilte der Leiter der Verwaltung des Petrowskij-Bezirks von Donezk Maxim Shukowskij mit.

Er fügte hinzu, dass Mitarbeiter der republikanischen Staatsanwaltschaft an der Angelegenheit arbeiten.

de.sputniknews.com: **Außenministerium: Russland hat keine Pläne für Schaffung von Militärbasen in Afrika**

Derzeit ist keine Rede von der Schaffung russischer Marinestützpunkte in afrikanischen Ländern. Dies sagte der Direktor des Departements Afrika im russischen Außenministerium, Andrei Kemarskij.

„Es geht derzeit nicht um die Schaffung von Marinestützpunkten. Aber die Entwicklung der militärtechnischen Zusammenarbeit mit den afrikanischen Ländern hat eine lange Geschichte und ist einer der wichtigen Bereiche unserer Kooperation bereits seit den Zeiten der Sowjetunion“, sagte Kemarskij gegenüber Sputnik.

Ferner sagte er, dass die Armeen vieler afrikanischer Länder nach sowjetischem Vorbild aufgebaut worden seien. Sie seien dabei mit sowjetischer und später mit russischer Bewaffnung ausgestattet worden.

„Natürlich sind wir an weiterer Zusammenarbeit interessiert. Wir sind dafür offen.“

nachmittags:

Dnr-online.ru: Mit einer Schweigeminute und Blumensträußen haben Arbeiter der Energiegesellschaften der DVR am Morgen des 18. Dezember das Andenken ihrer Kollegen, die infolge von Kriegshandlungen bei der Ausübung ihrer beruflichen Pflichten starben, geehrt. Eine Trauerkundgebung fand am Denkmal „Im Gedenken an die getöteten Energiearbeiter“ auf dem Platz am Schewtschenko-Boulevard in Donezk, das letztes Jahr eingeweiht wurde, statt.

„Heute haben wir uns versammelt, um das Andenken unserer Genossen, unserer Kollegen zu ehren, die ihr Leben für das Wohl unserer Republik gegeben haben. Bis vor kurzer Zeit wurde der Beruf des Energiearbeiters als zutiefst friedlich angesehen, aber mit dem Jahr 2014 hat sich die Situation verändert – unsere Leute starben auf ihren Kampfposten, als sie zerschossene Objekte wiederaufbauten, unsere Energetik wiederaufbauten. Die Kiewer Junta hat acht Familien Väter und Brüder genommen. In unseren Herzen werden sie niemals vergessen sein, und diese acht Kraniche symbolisieren die Erinnerung an unsere getöteten Leute“, erklärte der stellvertretende Kohle- und Energieminister der DVR Konstantin Sabijako.

Der Generaldirektor des republikanischen Unternehmens „Regionale Energielieferungsgesellschaft“ Alexandr Potschtiwyj sagte, dass die Energiearbeiter kühne Menschen sind. „Ihre Erfahrung und Wissen sind unersetzbar. Dieses Denkmal ist ein Symbol und eine Erinnerung an den Mut und das Heldentum derer, die zum Preis ihres Lebens ihre tägliche Arbeit getan haben. Das Andenken an sie zu bewahren, ist eine wichtige Tradition für die Mitarbeiter unseres Unternehmens“, sagte er.

Wie der Generaldirektor des Unternehmens „Energie des Donbass“ Alexandr Faustow sagte, starben seit 2014 acht Energiearbeiter bei der Erfüllung ihrer dienstlichen Pflichten. „Heute haben wir Strom in unseren Häusern, Wärme – dies auch dank der Menschen, die selbstlos ihre Pflicht erfüllt haben – sowohl beruflich als auch menschlich“, sagte er.

Am Denkmal legten Verwandte, Freunde, Kollegen und dankbare Einwohner der Stadt Blumen nieder.

<iframe width="634" height="356" src="https://www.youtube.com/embed/wfejZEF6cSE" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/wfejZEF6cSE>

ukrinform.ua: **Regierung verlängert Importbeschränkungen für russische Waren**

Die Regierung der Ukraine hat die Geltungsdauer von zwei Verordnungen über Beschränkungen bei der Einfuhr von einer Reihe von Waren aus Russland bis zum 31. Dezember 2019 verlängert. Eine zukünftige Verlängerung ist auch möglich, berichtet das Regierungsportal.

Die Verordnungen traten am 30. Dezember 2015 in Kraft und wurden jetzt verlängert, heißt es. Die Verordnungen sehen ein Einfuhrverbot von einer Reihe russischer Waren und die weitere Erhebung des Einfuhrzolls für bestimmte Waren aus Russland vor, deren Zollsatz bis 2015 Null betrug. Die ukrainischen Maßnahmen waren die Antwort auf die durch Russland verhängten Beschränkungen auf Import und Transit der ukrainischen Waren zum Schutz der nationalen Interessen und der ukrainischen Unternehmen, heißt es auf dem Regierungsportal. So gilt jetzt für bestimmte Waren aus Russland, die zuvor gemäß einem Freihandelsabkommen zwischen den GUS-Staaten zollfrei eingeführt wurden, das Meistbegünstigungsprinzip der Welthandelsorganisation. Die Einfuhr von Milchprodukten, Tee, Kaffee, Bier, Wodka, Seife, Shampoos, Bodylotions, Pesti-, Insekti-, Herbi- und Fungizide, Waggonen, Lokomotive und anderen Waren ist verboten.

de.sputniknews.com: **EU-Markt will ukrainische Waren nicht – Kiew-Berater legt offen**

Die Europäische Union blockiert ukrainische Erzeugnisse und weigert sich, die Ukraine auf ihren Markt zu lassen, erklärte der Berater des ukrainischen Außenministeriums, Taras Kachka, in einem Artikel für die Zeitung „Dzerkalo Tyzhnia“. Die Situation wird sich nicht ändern, kommentiert Politologe Andrej Susdaltzew gegenüber Sputnik.

„Die EU sieht nach wie vor keine Möglichkeiten für die Integration der Ukraine in ihren Heimatmarkt“, schrieb Taras Kachka. Er wies darauf hin, dass die Energiewirtschaft zurzeit der einzige funktionierende Grundstein der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Kiew und der EU sei.

Das Wesentliche an diesem Problem sage die „Vereinbarung über die Konformitätsbewertung und Akzeptanz von Industrieprodukten“ aus. Während Kiew behauptete, die neue Gesetzgebung den EU-Gesetzen im Bereich der technischen Regulierung angepasst zu haben, würde die Vollziehung des Assoziierungsabkommens in diesem Bereich verschoben, so Kachka. Er fügte hinzu, dass die Ukraine in Brüssel im Allgemeinen als ein Staat betrachtet würde, der „viel zu viel verlangt“.

Letzte Woche hatte der Abgeordnete der Werchowyna Rada, Wiktor Bondar, gegenüber dem ukrainischen Fernsehsender NewsOne zugegeben, Europa habe Kiew im Rahmen wirtschaftlicher Vereinbarungen „getäuscht“. „Die EU hat unser Land bei Wirtschaftsabkommen getäuscht. Die Lieferung ukrainischer Waren an Europa erfolgt durch Quoten, die erst in den ersten zwei oder drei Monaten jedes Jahres festgelegt werden. Wir dürfen keine High-Tech-Branchen gründen, die wirklich mit der Maschinenbauindustrie in der EU konkurrieren würden“, sagte Bondar.

Warum Europa seinen Markt nicht für die Ukraine öffnen will – Experte

Der Politologe Andrej Susdaltzew von der Moskauer Higher School of Economics wies im Sputnik-Interview darauf hin, dass die Einschränkungen, über die sich Kiew gerade beschwert, zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens 2014 mit der EU allgemein bekannt gewesen wären. „Vor allem Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt: Bürger der Ukraine werden keine Arbeitserlaubnis in der EU bekommen“, betont Susdaltzew. Es gebe auch Einschränkungen in Form von harten Quoten für die Lieferung von ukrainischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. 2014-2015 hätte die Ukraine Russland sehr scharf dafür kritisiert, dass es den Import von landwirtschaftlichen Waren eingeschränkt hätte. „Russland behauptete damals, und zwar nicht unbegründet, dass die Ukraine ausländische Waren als ihre eigenen verkaufte“, erklärt Susdaltzew. Nun habe sich herausgestellt, dass diejenigen, die die Ukraine blitzschnell zu Freunden und Verbündeten ausgerufen hatten, nämlich die EU-Länder, das Land viel stärker eingeschränkt haben“, so Susdaltzew.

Seiner Meinung nach wird sich die Situation nicht ändern: Die EU-Länder würden die großen Mengen an ukrainischen Waren nicht brauchen.

Der Experte fügte außerdem hinzu, dass ukrainische Lieferungen in großem Umfang für die EU-Hersteller selbst immense Probleme bedeuten würden, hinsichtlich der Landwirtschaft zumindest für Polen. „Die Ukraine hat geringere Arbeitskosten, ein besseres Klima und einen fruchtbaren Boden. Wenn die EU der Ukraine den Markt völlig öffnet, könnte es für polnische Landwirte schiefgehen“, bemerkte Susdaltzew.

Armijadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 18.12.2018

In den letzten 24 Stunden wurden **22 Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt, der die Gebiete von **acht Ortschaften** der Republik beschoss. In **Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 72. mechanisierten Brigade unter Kommando von Tatus und der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj die Gebiete von **Sajzewo** und **Dolomitnoje** mit Granatwerfern und Schusswaffen, darunter

auch großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 92. mechanisierten Brigade unter Kommando von Kokorjew und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Mischantschuk die Gebiete von **Spartak, Jasinowataja** und **Krutaja Balka** mit Mörsern des Kalibers 82mm, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kriegsverbrecher der 79. Luftsturmbrigade auf Befehl von Kuratsch die Gebiete von **Leninskoje, Kominternowo** und **Sachanka** mit Granatwerfern und großkalibrigen Schusswaffen beschossen.

Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Wir stellen weiter eine **Verstärkung der Gruppierung des Gegners in Richtung Gorlowka** fest.

Nach unseren Informationen befinden sich das zuvor in Konstantinowka eingetroffene mechanisierte und das Panzerbataillon der 93. mechanisierten Brigade derzeit in den Gebieten von Uljanowka bzw. Timofejewka. Außerdem ist in Konstantinowka eine Haubitzenartillerieabteilung der 93. Brigade eingetroffen. Es ist wichtig anzumerken, dass die Ankunft der verbotenen Technik von Vertretern der OSZE-Mission festgestellt und festgehalten wurde. Wir äußern die Hoffnung, dass die internationalen Beobachter mit dem Erreichten nicht aufhören, sondern ihrerseits der internationalen Öffentlichkeit die Tatsache vermitteln, dass sich die Ukraine auf eine Eskalation des Konflikts vorbereitet.

Außerdem wird nach Informationen unserer Aufklärung am 20. Dezember an der Eisenbahnstation Krasnoarmejsk ein Zug mit 20 Schützenpanzern aus dem 184.

Ausbildungszentrums, das sich in Staritschi im Oblast Lwow befindet, eintreffen.

Nach uns vorliegenden Informationen ist vom 20. bis zum 21. Dezember im Gebiet von Dsershinsk geplant, dass Instruktoren aus dem 190. Ausbildungszentrum im Oblast Shitomir Übungen mit Operatoren von Drohnen durchführen. Zu den Übungen werden zwei Gruppen herangezogen: Mannschaften für Drohnen „Leleka-100“, die Aufklärung betreiben, und Mannschaften für Kampfdrohnen, die terroristische Beschüsse durchführen. Wir schließen nicht aus, dass angesichts der Nähe des Ortes der Übungen zur Abgrenzungslinie das Territorium unserer Republik von den Besatzern als Übungsplatz verwendet wird. **Unsere Luftabwehreinheiten sind auf eine solche Entwicklung der Situation vorbereitet und darauf, den Drohnenbestand der Besatzer wesentlich zu reduzieren.**

Wir haben Informationen erhalten, dass der leitende Kaplan der Streitkräfte Lettlands E. Plawiis die Besatzungszone besuchen wird, um Glückwünsche zum bevorstehenden katholischen Weihnachten zu überbringen. Den Priester begleiten Vertreter der Botschaft Lettlands in der Ukraine. Die Gruppe wird Einheiten in der Konfliktzone besuchen, in der sich Instruktoren aus den Streitkräften Lettlands befinden. Nach unseren Informationen befindet sich eine Abteilung der 40. Artilleriebrigade und eine bataillonstaktische Gruppe der 72. mechanisierten Brigade, die Positionen am nördlichen Rand von Gorlowka einnehmen, in dem Besuchsplan. So sehen wir eine weitere Bestätigung für die Beteiligung von Soldaten ausländischer Staaten an diesem Konflikt.

Und zum Abschluss, uns ist bekannt, dass sich **in Richtung Gorlowka reguläre Soldaten Großbritanniens** befinden, insbesondere eine der Spezialeinheiten – der „Besondere Luftlandedienst“. Diese Einheit wird zum Betreiben von Aufklärung herangezogen und ist an Antiterrormaßnahmen beteiligt.

Nach unseren Informationen sind die Soldaten des „Besonderen Luftlandedienstes“ **zur Durchführung von Spezialoperationen zur Entführung von Vertretern des Kommandos und von Soldaten der Volksmiliz auf dem Territorium der Republik** anwesend. Diese sollen dann als reguläre Soldaten der Streitkräfte der RF ausgegeben werden. Aber ich will diese Spezialisten enttäuschen und mitteilen, dass für sie eine Reihe unangenehmer

Überraschungen vorbereitet sind. Und die größte Schmach könnte es werden, von unseren Soldaten gefangen genommen zu werden und als Beweis für die unmittelbare Beteiligung von NATO-Truppen am Bürgerkrieg auf der Seite des terroristischen Regimes des Oligarchen Poroschenko vorgestellt zu werden.

de.sputniknews.com: **Krim-Resolution der Uno: Erste Kommentare und Warnungen aus Moskau und von der Krim**

Der Kreml, das russische Außenministerium und die Führung der Halbinsel Krim haben die von der UN-Versammlung jüngst verabschiedete Resolution zur Krim und Sewastopol kommentiert.

Die UN-Generalversammlung hat den von der Ukraine vorgeschlagenen Resolutionsentwurf unter dem Titel „Problem of the Militarization of the Autonomous Republic of Crimea and the city of Sevastopol (Ukraine), as well as parts of the Black Sea and the Sea of Azov“ (dt.: „Problem der Militarisierung der Autonomen Republik Krim und der Stadt Sewastopol (Ukraine) sowie von Teilen des Schwarzen und Asowschen Meeres“) verabschiedet. Für das gegen Russland gerichtete Dokument stimmten 66 Staaten. 19 Länder votierten dagegen und 72 Staaten enthielten sich der Stimme.

Kreml reagiert

Laut dem Kreml-Sprecher Dmitri Peskow spricht Russland sein Bedauern über die Verabschiedung der von der Ukraine eingebrachten Resolution über die „Militarisierung“ der Krim und Sewastopols aus.

„Wir bedauern dies zutiefst“, sagte Peskow gegenüber den Journalisten.

Er erinnerte daran, dass sich die Halbinsel auf der Grundlage einer Willenserklärung der Krim-Bewohner mit Russland wiedervereinigt habe, „die in strikter Übereinstimmung mit den damals geltenden Gesetzen in der Ukraine abgegeben wurde“.

„In dieser Hinsicht können wir nur unsere Nichtzustimmung zu dieser Position sowie unser Bedauern bekunden. Wir werden sicherlich unsere Position weiterhin konsequent erläutern und unsere Gegenüber darüber aufklären“, so der Kreml-Sprecher weiter.

Außenministerium über „zusätzliches Druckmittel“

Der Leiter der Abteilung für internationale Organisationen im Außenministerium Russlands, Pjotr Iljitschow, hat seinerseits betont, die Verabschiedung der Krim-Resolution zeige vor allem, dass eine engstirnige Kampagne gegen Russland im Gange sei:

„Es ist offensichtlich, dass die Ukrainer nicht die Mehrheit haben, sie versuchen, alles auf neue Ebenen zu übertragen, ihnen ist klar, dass sie keine wirklichen Veränderungen erreichen werden. Dies ist einfach ein zusätzliches Mittel, um Druck auf uns auszuüben.“

Russischer Außenpolitiker warnt

Der Chef des Auswärtigen Ausschusses im Föderationsrat, Konstantin Kossatschow, warnt, dass die Resolution der Ukraine freie Hand lasse: Kiew könne Schritte unternehmen, die zu einer Tragödie führen. Das Dokument werde keine rechtliche Konsequenzen haben, könne aber möglicherweise in militärpolitischer Hinsicht gefährlich sein.

Krim übt Kritik an Uno

Der stellvertretende Premierminister der Krim, Dmitri Polonski, behauptet, dass die Uno mit der Krim-Resolution nun riskiere, den Preis ihrer Entscheidungen auf null zu senken, weil sie das Ergebnis einer Provokation der ukrainischen Behörden seien.

„Es ist bedauerlich, aber eine einst angesehene und einflussreiche Organisation wie die Uno ist zu einem Instrument geworden, um inkompetente und populistische Entscheidungen zugunsten der Position einer Gruppe von sogenannten ‚westlichen Demokratien‘ zu treffen.“

Die verabschiedete Resolution offenbart unter anderem die Besorgnis, dass „die Durchführung zahlreicher Militärübungen der russischen Streitkräfte auf der Krim die regionale Sicherheit unterminieren sowie langfristige negative ökologische Folgen haben können“. Darüber hinaus wird Russland in dem UN-Papier wegen des Baus der Krim-Brücke

verurteilt.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32202/19/322021998.jpg>

Mil-Inrinfo: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Leitung der Volksmiliz der LVR Oberleutnant Ja. A. Osadtschij

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **dreimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Auf Befehl des Kommandeurs der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte des Kriegsverbrechers Tatus wurde das Gebiet von **Logwinowo** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgss Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Shelobok** mit Granatwerfern beschossen.

Von den Positionen der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Wojtschenko das Gebiet von **Solotoje-5** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Insgesamt wurden mehr als 20 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Informationen über Opfer und Zerstörungen werden noch ermittelt.

Die ukrainischen Truppen konzentrieren weiter verbotene Waffen und Militärtechnik in unmittelbarer Nähe zur Kontaktlinie.

Unsere Aufklärung hat die Stationierung von sechs 152mm-Artilleriegeschützen „Akazija“ und drei 122mm-Artilleriegeschützen „Gwosdika“ aus dem Bestand der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Höfen von Wohnhäusern in Krasnyj Pachar bemerkt. Die militärisch-politische Führung der Ukraine gibt die Absichten einer gewaltsamen Lösung des Konflikts im Donbass nicht auf und zieht dafür die Dienste ausländischer Söldner heran. Nach unseren Informationen wurden im Stationierungsgebiet des 2. Bataillons der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte in Popasnaja eine Gruppe von 15 Militärinstrukteuren aus den USA und Kanada bemerkt.

Das **niedrige Niveau der Versorgung der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte**, die physische Ermüdung, das Fehlen von Motivation und positiven Perspektiven übt einen negativen Einfluss auf den moralisch-psychischen Zustand in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte aus.

So hat in Krymskoje ein Soldat der 10. Gebirgss Sturmbrigade der ukrainischen Streitkräfte, der die Quälereien von Seiten des Kommandos und der Kameraden nicht ertrug, den Truppenteil verlassen und ein Maschinengewehr mit Munition und zwei F-1-Granaten mitgenommen. Das Kommando der Brigade verheimlicht das Verbrechen traditionsgemäß gegenüber dem

übergeordneten Kommando.

Die Volksmiliz der LVR hält trotz der ständigen Provokationen von Seiten der ukrainischen Truppen wie zuvor ihre Verpflichtungen zum Schutz der Republik ein.

Unsere Einheiten tun ununterbrochen Dienst, führen Übungen durch, um eine hohe Kampffähigkeit aufrechtzuerhalten, um jeder Aggression der ukrainischen Seite standhalten zu können.

de.sputniknews.com: **Putin verspricht Zusatzmaßnahmen im Falle von US-Ausstieg aus INF-Vertrag**

Russland wird laut Präsident Wladimir Putin Zusatzmaßnahmen zur Festigung seiner Sicherheit ergreifen, falls die USA ihren Ausstieg aus dem Vertrag über Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite (INF-Vertrag) beschließen sollten.

„Sollten die USA den Vertrag brechen - und ich habe schon öffentlich darüber gesprochen -, halte ich es für notwendig, ein weiteres Mal direkt zu erklären: Wir werden gezwungen sein, Zusatzmaßnahmen zur Festigung unserer Sicherheit zu treffen“, sagte Putin am Dienstag in einer erweiterten Sitzung des Kollegiums des russischen Verteidigungsministeriums.

Als Vorwand für ihren einseitigen Ausstieg aus dem Vertrag würden die USA zu einer bereits gewohnten und, wenn man es so sagen darf, banalen Methode greifen – „zu haltlosen Anschuldigungen gegen Russland wegen Verletzung der Vertragsverpflichtungen, die die USA schon selbst, und zwar längst, verletzt haben“, so Putin.

Als Beispiel für eine Verletzung des INF-Vertrages nannte Putin die Stationierung von bodengestützten „Aegis“-Systemen in Rumänien, die in nächster Zeit auch in Polen auftauchen sollen.

„Das ist ein direkter Verstoß gegen den Vertrag über die Vernichtung von Raketen mittlerer und kürzerer Reichweite, denn solche Anlagen werden (...) auf See zum Abfeuern von Raketen dieses Typs verwendet. Jetzt sind sie auch auf dem Festland, auf dem Boden aufgetaucht“, so Putin....

Lug-info.com: **Besuch des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik in der Republik Südossetien** (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

Vor Beginn der offiziellen Gespräche in Zchinwali legten Pasetschnik und das Oberhaupt der Republik Südossetien Anatolij Bibilow Blumen am Denkmal für die Opfer der georgischen Aggression an der Schule Nr. 5 in Zchinwali nieder.

„Wir bleiben den Vereinbarungen treu, die wir über einen langen Zeitraum ausgearbeitet haben, besprochen haben, geplant, und ich bin überzeugt, dass die Unterzeichnung einer zwischenstaatlichen Rahmenvereinbarung unserer Zusammenarbeit einen neuen Impuls gibt“, sagte Bibilow im Verlauf der Verhandlungen.

Pasetschnik dankte für die Einladung nach Südossetien. ...

„Wir sind Ihnen dankbar dafür, dass Sie die ersten und (bisher) einzigen sind, die die Republiken des Donbass anerkannt haben. Für uns ist das sehr wichtig. In der Republik Südossetien gibt es viele historisch ähnliche Momente. Wir und Sie müssen uns ökonomisch unter rechts schwierigen Bedingungen entwickeln“, stellte er fest.

„Ich denke, dass wir unsere Anstrengungen in Richtung einer weltweiten Anerkennung vereinigen müssen und natürlich ist das Ziel sowohl der Führung der Republik Südossetien als auch der Führung der LVR die Erhöhung des Lebensstandards, der Gewährleistung der Sicherheit unserer Völker“, sagte Pasetschnik.

„Ich denke, dass die Anerkennung durch Südossetien nur der Anfang einer weiteren Anerkennung der LVR ist. Uns zum Beispiel hat man auch gesagt, dass Russland uns anerkannt hat und uns sonst niemand anerkennen wird, aber wir sehen, dass dieser Prozess unumkehrbar ist. In diesem Jahr hat uns die Syrische Arabische Republik anerkannt, es gibt

noch viel Arbeit in dieser Richtung. Die Republik Südossetien, wo sie auch vertreten sein wird, an welchen Orten wir auch Gespräche führen, wir werden immer die Interessen der LVR vorantreiben“, sagte der Präsident Südossetiens.

Leonid Pasetschnik zeichnete Anatolij Bibilow mit dem Freundschaftsorden aus.

„Das ist der Freundschaftsorden Nummer eins. Sie haben uns als erste und einzige anerkannt und Sie sind der einzige, der diesen Orden von der LVR erhalten hat“, sagte Pasetschnik.

Im entsprechenden Erlass des Oberhaupts der LVR heißt es, dass der Freundschaftsorden für besondere Verdienste in der Stärkung des Friedens, der Freundschaft und der Zusammenarbeit mit der LVR, fruchtreicher Aktivität, gegenseitiger Hilfe und Unterstützung sowie für einen wesentlichen persönlichen Beitrag zur Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftliche-technischen Verbindungen verliehen wird.

Bibilow dankte Pasetschnik für das Vertrauen von Seiten der LVR:

Außerdem übergab der Präsident von Südossetien dem Oberhaupt der LVR einen Schild, einen Bogen und ein Pfeil.

„Das ist ein alanischer Pfeil. Ich denke, dass alle abgeschossenen Ideen wie Pfeile genau ins Ziel treffen werden“, sagte Bibilow.

„Ich möchte hinzufügen, dass es solche Pfeile nicht sehr viele gibt. Deshalb werden wir uns gemeinsam bemühen, dass jeder Pfeil möglichst die Ziele erreicht, die für die Republiken am wichtigsten sind“, sagte Pasetschnik.

„Wir haben für sie auch ein Geschenk. Dies ist eine Ikone des Siegreichen St. Georg, der auch für Ihr Volk ein Symbol ist. Er wird Sie immer, überall und in allem unterstützen, Ihnen helfen, Sie begleiten. Ich möchte, dass er Sie, Ihr Volk in Zukunft nicht ohne Aufmerksamkeit lässt, damit er Sie immer begleitet“, wünschte Pasetschnik.



[http://img.lug-info.com/cache/a/f/\(2\)_IMG_8397.jpg/1000wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/a/f/(2)_IMG_8397.jpg/1000wm.jpg)

de.sputniknews.com: **Schoigu: US-Militärbugdet 2019 so groß wie Wehretat aller Länder zusammen**

Das Militärbudget der USA wird im nächsten Jahr praktisch so groß sein wie insgesamt der Wehretat aller Länder dieser Welt. Das sagte der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu am Dienstag.

„Das US-amerikanische Militärbudget wird im nächsten Jahr von 707 auf rekordmäßige 725,5 Milliarden US-Dollar ansteigen, was mit dem gesamten Militäretat aller Länder der Welt vergleichbar ist“, sagte Schoigu.

Die amerikanischen Militärausgaben werden laut dem Verteidigungsministerium in Moskau im Jahr 2019 die russischen um mehr als das Fünzfachste übersteigen.

Der russische Wehretat habe sich hingegen in den Jahren 2017 bis 2019 um 19 Prozent verringert.

Präsident Wladimir Putin nannte den geplanten US-Militärhaushalt einen Rekord. Laut Putin wird der russische Verteidigungsetat im kommenden Jahr dagegen lediglich 46 Milliarden US-Dollar betragen.

Im weltweiten Militärausgaben-Ranking werden die Vereinigten Staaten von China gefolgt.

Lug-info.com: Die LVR wird beim Treffen der humanitären Untergruppe in Minsk von der Ukraine verlangen, die Leiche des russischen Freiwilligen, der auf Seiten der LVR gekämpft und im Gefängnis im ukrainischen Lwow ermordet wurde, zurückzugeben. Dies sagte die Vertreterin der LVR in der Untergruppe Olga Kobzewa.

„Walerij Iwanow, ein russischer Freiwilliger, wurde im Lwower Gefängnis getötet. Über unsere Kanäle haben wir Informationen erhalten, dass Walerij Iwanow einige Tage vor seinem Tod von der Wache misshandelt wurde, in der Karzer geworfen, wo er an den Schlägen starb“, berichtete sie.

Kobzewa sagte, dass sie sich vor einigen Wochen telefonisch mit Iwanow unterhalten hat und ihn gebeten hatte bis zum Austausch auszuhalten.

„Jetzt kann ich mit Überzeugung sagen, dass sein Blut an den Händen (der Vertreterin der Ukraine in der humanitären Untergruppe) Irina Geraschtschenkos und Poroschenkos klebt, auf dessen Befehl hin sie vor genau einem Jahr seinen Namen wie auch den anderer unserer Freiwilligen aus der Austauschliste gestrichen hat“, erklärte Kobzewa.

de.sputniknews.com: **„So retten wir den INF-Vertrag“ - Russischer Botschafter in Deutschland**

Nach dem Nato-Ultimatum zum INF-Vertrag hat sich nun auch der russische Botschafter in Berlin, Sergej Netschajew, für seinen Erhalt geäußert. In einem Gastbeitrag für die „Rheinische Post“ kritisierte er fehlende Belege für US-Anschuldigungen und bekundete Gesprächsbereitschaft über alle Details.

Den USA fehlt das Interesse an der Klärung der Wahrheit

Der Diplomat wies darauf hin, dass die Amerikaner erst im Dezember 2017 den in den Medien kursierenden Raketennamen 9M729 bei einem Expertentreffen ohne russische Teilnahme erwähnt hätten. Es wäre eine offizielle US-Anfrage in Bezug auf Informationen über die Rakete, ihre technischen Parameter, den Zeitpunkt und die Ergebnisse der Tests eingegangen. Diese Daten hätte die russische Seite daraufhin vollständig geliefert. Es lasse sich beweisen, dass 9M729 eine modernisierte Rakete für das Iskander-M-System sei und am 18. September 2017 auf dem Testgelände „Kapustin Jar“ für eine maximale Reichweite von weniger als 480 Kilometern getestet worden sei. Als Russland auf US-Anfrage dazu noch Daten zu allen Tests von Flugkörpern dieser Klasse aus zehn Jahren übergeben sollte, hätten die Amerikaner im Endeffekt den konkreten Zeitpunkt des „dubiosen“ Tests fünf Tage vor der Ankündigung durch Donald Trump genannt, sich aus dem Vertrag zurückziehen zu wollen. „Das zeugt eindeutig vom fehlenden Interesse an der Klärung der Wahrheit“, betonte der Diplomat.

Noch früher, bis Dezember 2017, sollen die Amerikaner den von ihnen frei erfundenen Namen SSC-8 benutzt haben. „Als Beweise wurden uns einfache Screenshots von einer frei zugänglichen Website, die Satellitenaufnahmen anbietet, übermittelt, auf denen unscharfe Umrisse der Elemente einer Abschussvorrichtung zu erkennen sind“, schrieb Netschajew.

Der Vertrag sieht Übermittlung objektiver Daten vor

Er merkte außerdem an, dass der Vertrag einen konsultativen Mechanismus für die Streitfälle vorsehe, gemäß dem die USA Informationen zu den drei Schlüsselaspekten vorlegen müssten, nämlich den genauen Namen der besorgniserregenden Rakete, konkrete und aus ihrer Sicht fragwürdige Teststarts sowie objektive Daten zur Begründung ihrer Vorwürfe. Laut dem Botschafter haben die USA diese immer noch nicht übermittelt und sprechen nach wie vor von „glaubwürdigen Informationen“, die sie nicht mitteilen würden. „Nach amerikanischer Logik sollte Russland sich also selbst einen Verstoß gegen den Vertrag ausdenken, ihn eingestehen und zugleich Washington die Informationen über andere russische Entwicklungen liefern, für die sich die USA nachrichtendienstlich interessieren und die weit außerhalb des INF-Vertrags liegen“, folgerte Netschajew.

Russland sei zu einem ernsthaften und sachlichen Gespräch jederzeit bereit, aber dies sollte mit konkreten und überprüften Tatsachen geschehen und nicht eine Reihe von öffentlichen Statements sein mit Formulierungen wie „es gibt keine anderen plausiblen Erklärungen“. Dazu müsse man die Kontakte auf der militärischen Ebene, unter anderem im Russland-Nato-Rat, wiederaufzunehmen, so der Diplomat. Diese wurden auf amerikanische Initiative hin im Jahr 2014 abgebrochen

Ernsthafte Fragen an amerikanischen Partner

Im Beitrag machte Netschajew die Leser erneut darauf aufmerksam, dass Russland beliebige Spekulationen ablehne, dass es angeblich dieses Dokument verletzt habe. Das Land bleibe dem INF-Vertrag vollkommen verpflichtet und plädiere für seinen Erhalt unter der Voraussetzung, dass die amerikanische Seite ihn auch strikt einhalte. Dabei habe Russland ernsthafte Fragen an die amerikanischen Partner, so Netschajew.

„Wir haben alle Gründe, den USA zu unterstellen, unter dem Deckmantel von Zielraketen neue Flugkörper zu entwickeln und zu testen, deren Reichweite, Geschwindigkeit, Steuerung und technische Daten der Sprengköpfe denjenigen Raketen ähnlich sind, die durch den INF-Vertrag verboten sind“, schreibt der Autor.

Ein weiteres Problem sei die Stationierung universeller Abschussvorrichtungen Mk-41 der Abwehrsysteme Aegis Ashore in Rumänien und Polen, deren land- und seegestützte Versionen laut ihrer amerikanischen Entwickler mit den Abschussvorrichtungen von Tomahawk-Marschflugkörpern baugleich seien.

„All das erfordert ausführliche und ehrliche Diskussionen. Wir haben es nie für möglich gehalten, mit unseren amerikanischen Kollegen eine Sprache der Zankereien zu sprechen. Es gilt, Ethik und Höflichkeit in den internationalen Beziehungen zu beachten. Das erwarten wir auch von unseren Partnern“, beschloss Netschajew.

Zuvor hatten die USA Russland dazu aufgerufen, auf die Raketen 9M729 zu verzichten oder das System so zu modifizieren, dass seine Reichweite – wie in Washington betont wird – weniger als 500 Kilometer betrage und damit nicht gegen die Artikel des INF-Vertrages verstoßen könnte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32332/32/323323289.jpg>

Dan-news.info: Aufruf Puschilins an die internationalen Organisationen im Zusammenhang mit der Situation im Donbass

Die Aufklärung der DVR hat neue Informationen erhalten, die die Vorbereitung des Kiewer Regimes unter Führung westlicher Kuratoren auf eine groß angelegte Provokation gegen das eigene Volk bestätigt, die zu massenhaften menschlichen Opfern führen kann.

Die Spezialdienste der Ukraine planen eine Diversion an ökologisch gefährlichen Unternehmen in der Nähe der Kontaktlinie, um anschließend Russland und die Republiken des Donbass zu beschuldigen. Dies sind vor allem Unternehmen, die bei der Produktion Chlor, Ammoniak und andere gefährliche Stoffe verwenden.

Als weitere Variante wird die Verwendung von giftigen Kampfstoffen betrachtet, die angeblich vom Territorium der DVR aus verbreitet werden. Es gibt Informationen, dass Amerikaner bereits Geschosssplitter vorbereitet haben, die mit Kampfgiften behandelt wurden, um den Beschuldigungen gegenüber der DVR und Russland einen Anschein von Glaubwürdigkeit zu verleihen. Ich meine, dass Zweck der Provokation die Entfachung von Kriegshandlungen im Donbass und die Absage der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, bei denen Poroschenko keine Chance für einen Sieg hat, sind.

Die Operation wird von Militärattachés und regulären Vertretern von Spezialdiensten der USA und Großbritanniens koordiniert.

Westliche Militäraufklärer haben auf Grundlage der in Syrien erarbeiteten Methodik bereits einen Handlungsplan für das Kiewer Regime erstellt. Es läuft Arbeit zur Schaffung eines Analogons zu den syrischen „Weißhelmen“ in der Ukraine, die nach dem Plan ihrer Autoren, die Folgen einer Vergiftung der Bevölkerung festhalten und Videomaterialien fälschen sollen, die angeblich die Beteiligung von Kräften der Miliz und Russlands an unmenschlichen Aktionen beweisen sollen.

Wir wenden uns an die Weltgemeinschaft, die UNO, die OSZE und anderen humanitäre Missionen mit dem Aufruf, die Entfachung breit angelegter Kriegshandlungen im Donbass nicht zuzulassen. Wir wollen keine unschuldigen Opfer unter der friedlichen Bevölkerung. Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik
Denis Puschilin

abends:

de.sputniknews.com: **Putin hat wenig Verständnis für diese Entscheidung Gorbatschows**

Als Michail Gorbatschow und Ronald Reagan im Jahr 1987 den INF-Vertrag unterzeichneten, hat das zur einseitigen Abrüstung der Sowjetunion geführt. Diese Meinung äußerte am Dienstag der russische Präsident Wladimir Putin. Wozu das gemacht wurde, kann Putin nach eigenen Worten nicht ganz nachvollziehen.

„Warum die Führung der UdSSR in diese einseitige Abrüstung einwilligte, weiß nur der liebe Gott, aber das wurde getan“, so Putin.

Der russische Präsident erinnerte daran, dass die Sowjetunion damals nur bodengestützte Mittel- und Kurzstreckenraketen besaß, während die USA auch see- und luftgestützte Raketen dieser Art gehabt hätten. Während die Sowjetunion abrüstete, hätten die USA die Entwicklung ihrer Systeme fortgesetzt, die nicht vom INF-Vertrag gedeckt worden seien.

Mit Blick auf den geplanten Ausstieg der USA aus dem Vertrag warnte der russische Staatschef vor dem „Zusammensturz der ganzen Sicherheitsarchitektur“. Er ließ zugleich die Möglichkeit zu, dass andere Länder in das Abkommen aufgenommen werden.

US-Außenminister Mike Pompeo hatte Anfang Dezember erklärt, Russland habe zwei Monate Zeit, um „zur Einhaltung des INF-Vertrages zurückzukehren“. Sollte dies nicht geschehen, werde Washington seine Verpflichtungen zum INF-Vertrag aussetzen, so Pompeo. Die stellvertretende US-Außenministerin Andrea Thompson sagte ihrerseits, die USA würden Russland aufrufen, auf die Rakete 9M729 (SSC-8) zu verzichten oder dieses System zu modifizieren, damit ihre Reichweite nicht gegen die Bestimmungen des INF-Vertrages verstoße.

Moskau und Washington haben in den letzten Jahren immer wieder einander beschuldigt, den INF-Vertrag verletzt zu haben. Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow anmerkte, habe Moskau ernst zu nehmende Fragen an die USA hinsichtlich der Einhaltung des INF-Vertrags durch die Amerikaner.

Moskau verweist unter anderem darauf, dass die USA in Rumänien und Polen Anlagen zum Abfeuern offensiver Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ stationieren, was der Vertrag verbietet. Die russische Seite macht ferner darauf aufmerksam, dass die USA Angriffsdrohnen entwickelt und die Forschungsarbeiten für den Bau eines landgestützten Marschflugkörpers finanziert haben.